



Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern

Landeshauptstadt München
- Geschäftsstelle Klimarat -
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

- per E-Mail -

21. Juli 2022

Beschlussvorlage LHM „München gegen Ressourcenverschwendung - Zero Waste Munich“

Sehr geehrte Frau

wir bedanken uns für die Gelegenheit, Stellung zur o. g. Beschlussvorlage nehmen zu können.

Allgemeine Erwägungen

Die Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern unterstützt die Ambitionen der Landeshauptstadt München, Zero Waste City zu werden. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur Senkung des Ressourcenverbrauchs und zur Verminderung von Treibhausgasen geleistet. Dies belegen die Bewertungen „Beitrag zum Klimaschutz“ der einzelnen aufgeführten Maßnahmen im Zero-Waste-Konzept.

Unsere Stellungnahme beschränkt sich auf Maßnahmen des „Zero-Waste-Konzepts für die Landeshauptstadt München“, die sich auf die Sektoren Gewerbe, Handel und Bau beziehen. Maßnahmen zu privaten Haushalten und der öffentlichen Verwaltung fließen nicht in diese Stellungnahme ein.

Die Ziele des Zero-Waste-Konzepts umfassen eine Senkung der Siedlungs- und Restmüllabfallmenge. Weitere Ziele sind etwa die Bewusstseinsbildung für Zero Waste sowie verschiedene Maßnahmen zum Abfallmanagement und zur Reduzierung der Abfallmengen in allen Referaten der LHM und deren Eigenbetriebe,

in Bildungseinrichtungen, in Handel und Gewerbe sowie im Bausektor. Zur Umsetzung und Steuerung des Konzepts soll eine übergreifende Zero Waste Fachstelle (ZWFS) eingerichtet werden.

Die IHK für München und Oberbayern ist gerne bereit, das Projekt bei den Unternehmen in Gewerbe und Handel zu bewerben oder sich als Kooperationspartner bei der Umsetzung von Maßnahmen einzubringen. Dazu zählen auch spezifische Aktionen wie beispielsweise die Durchführung der erwähnten Veranstaltungsreihe „Ressourceneffiziente und nachhaltige Verpackungen“ gemeinsam mit der LHM.

Relevanz für die Münchner Wirtschaft

Übergeordnete Ziele

Von den übergeordneten Zielen zur Senkung von Abfällen aus Haushalten und der Restmüllmenge sind vergleichbare Einrichtungen zu privaten Haushalten und Gewerbe und Industrie mit hausmüllähnlichen Abfällen betroffen. Die IHK unterstützt die Ziele zur Reduktion der Abfälle, fordert aber gleichzeitig eine umfangreiche Informationskampagne gegenüber den Unternehmen. Zudem sind Lösungsvorschläge sowie Netzwerke oder Arbeitsforen hilfreich, bei denen die Umsetzung bestimmter Maßnahmen mit den Unternehmen gemeinsam entwickelt werden. Im Konsens können praxisnahe und tragfähige Lösungen effizienter entwickelt werden. Zudem empfehlen sich Pilotprojekte, um neue Abläufe zu testen.

Ziel Gewerbe GW1

Eine systematische Erfassung der Informationslage zu Abfällen aus Produktion und Gewerbe ist zu befürworten, um sich dem Ziel der Reduktion durch Wiederverwendung und Wiederaufbereitung zu nähern. Eine Einflussnahme der LHM bei nationalen Gremien für mehr Transparenz bei der Erfassung der Abfälle aus Produktion und Gewerbe begrüßen wir. Bei der Erfassung ist jedoch darauf zu achten, dass dies mit vertretbarem bzw. bestenfalls ohne Mehraufwand für die Unternehmen erfolgt.

Ziel Bausektor BAU1

Die Transparenz beim Gewerbe (s. o.) soll auch im Bausektor greifen. Die IHK motiviert die LHM, für die Abstimmung der Maßnahmen im Bausektor die Urbact Local Group (ULG) einzubeziehen. Zudem bejahen wir den Vorstoß der AWM gegenüber der EU-Kommission, wirtschaftliche Anreize für eine europäische Recycling-Wirtschaft zu schaffen. Bei Bau- und Abbruchabfällen liegt ein großes Potenzial zur Senkung des Ressourcenverbrauchs, das über die verstärkte

Verwendung von RC-Baumaterialien gehoben werden kann. Hierzu bedarf es Standards und die Gleichstellung (Preiskonkurrenz zu Primärprodukten, Imageprobleme) von RC- zu Primärbaustoffen. Ein weiterer Nutzen von RC-Baustoffen liegt zudem in der Vermeidung von zunehmenden Entsorgungseingpässen bei Deponierung und Verbrennung. Wir unterstützen hierfür auch den bayerischen Vorstoß im Bundesrat, der zur EntschlieÙung „Stärkung des Einsatzes von wiederverwendbaren Baustoffen und Bauteilen sowie von ressourcenschonenden Recycling-Baustoffen“ führte.

Wir unterstützen die Aussage der AWM, dass die Entsorgungssicherheit der Münchner AWM in Bezug auf die thermische Abfallbehandlung zukünftig gesichert bleiben muss. Bayernweite Kapazitätsengpässe der letzten Jahre zeigen auf, dass ein Engpass zu hohen Kosten für Unternehmen führen kann, aber auch zu ökologisch negativen Auswirkungen (Transportwege zu entfernteren Anlagen). Das angeführte Beispiel nachträglicher Neubewertung von Substanzen und die damit ggf. nötige Überführung von Abfällen in eine thermische Abfallbehandlungsanlage statt Recyclinganlage ist durchaus realistisch.

Top-Maßnahmen Bausektor

Die Menge der Münchner Bauschuttmaterialien soll bei Abbruchmaßnahmen nach Stoffströmen erfasst werden, um so eine weitergehende getrennte Sammlung zu ermöglichen. Wir erachten es als sinnvoll, die hier erhofften Potenziale auszuschöpfen und in Pilotprojekten gemeinsam mit entsprechenden Unternehmen zu bearbeiten.

Auch das Building Information Modeling (BIM) verspricht effizienteres Bauen. Eine Hilfestellung bei der Einführung bei den Unternehmen ist ebenso Voraussetzung wie ggf. eine finanzielle Förderung bei der Einführung der Software, v. a. für KMUs. Auch hier fordern wir Pilotprojekte mit enger Zusammenarbeit von Unternehmen mit öffentlicher Bauverwaltung.

Die Maßnahme „Temporäre Zwischenlagerung von Abbruchmaterialien vereinfachen“ ist aufgrund der regen Bautätigkeit in der LHM für Bau- und Abbruchunternehmen sowie Logistikdienstleister sehr zu begrüßen. Trotz der zahlreichen Neubau- und Sanierungsbaustellen werden die KMU im (Bau-)Entsorgungsbereich jedoch zunehmend aus dem Stadtgebiet verdrängt. Diese Standorte mit notwendiger Versorgungsfunktion sollten, um Emissionen und Verkehrsaufkommen zu vermeiden und auch um rentabel betrieben werden zu können, innerhalb der LHM gehalten werden.

Top-Maßnahmen Gewerbe und Handel

Die Einrichtung einer Circular Economy Beratungsstelle ist sicherlich hilfreich, um Anreize bei den Unternehmen zu schaffen, sich über das Thema Circular Economy zu informieren und in ihrem Betrieb umzusetzen. Hierbei bietet es sich an, mit übergeordneten Beratungseinrichtungen wie dem Ressourceneffizienzzentrum Bayern (REZ) in Austausch zu treten und ggf. gemeinsame Angebote zu entwickeln.

Bei der Maßnahme Unverpackt-Wochenmarkt bzw. Zero-Waste-Wochenmarkt sehen wir großen Unterstützungsbedarf bei den Händlern, so dass die Einführung eines einheitlichen Pfandsystems für Wochenmärkte weder eine finanzielle Belastung darstellt noch zu organisatorischem und bürokratischem Zusatzaufwand führt. Auch hier ist die Einbeziehung der betroffenen Akteure maßgebend für eine erfolgreiche Umsetzung. Die Einführung sollte auf einem Wochenmarkt als Pilot mit freiwilligen Akteuren gestartet werden.

Die Schenkung bzw. kostengünstige Ausgabe von Lebensmitteln in Supermärkten als Vorgehen gegen Lebensmittelverschwendung nach dem Vorbild der AEZ-Supermärkte erfordert zwingend die Klärung der rechtlichen und steuerlichen Möglichkeiten. Aufgrund der unsicheren Rechtslage sehen sich bisher viele Supermärkte gezwungen, davon abzusehen. Neben der Schenkung bzw. kostengünstigen Ausgabe von Lebensmitteln an Kunden besteht in Supermärkten ebenfalls die Möglichkeit, Lebensmittel kostenfrei über regionale Tafeln oder karitative Einrichtungen abzugeben.

Die Plattform zirkuläre Textilien für Retouren und Produktionsüberläufe kann eine sinnvolle Möglichkeit sein, gerade kleinere Unternehmen beim Handel zur Zweitverwertung von Textilien zu fördern. Hervorzuheben ist, dass die Strukturen und Angebote dieser Plattform ohne großen Aufwand genutzt werden können, um die gerade bei kleinen Unternehmen geringen Kapazitäten nicht zu überstrapazieren.

Freundliche Grüße

Industrie- und Handelskammer
für München und Oberbayern
i. A.

Mitglied der Hauptgeschäftsführung
Standort, Mobilität, Handel, Dienstleistungen